



NIEDERSCHRIFT Nr. 09/2013

Sitzung der Ratsversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 31.10.2013
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal, Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Bürgervorsteherin Natalina Boenigk - CDU

Mitglieder

Ratsfrau Gabriela Matthies - SPD
Ratsfrau Ulrike Bues - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Dietrich Drechsler - CDU außer zu Pkt. 22)
Ratsherr Joachim Dreher - Grüne & Unabhängige
Ratsherr Torsten Hauwetter - CDU
Ratsherr Bernd Hinrichs - CDU außer zu Pkt. 22)
Ratsherr Herbert Hoffmann - SPD außer zu Pkt. 22)
Ratsherr Jürgen Jacob - CDU
Ratsherr Florian Kirsch - CDU
Ratsherr Olaf Klampe - FDP
Ratsfrau Angela Klecz - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Helga Kock - SPD
Ratsherr Uwe Lange - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Reinhard Matthies - SPD außer zu Pkt. 22)
Ratsherr Werner Mende - FDP
Ratsherr Andreas Meyer - CDU
Ratsherr Marcus Ohlmeier - SPD
Ratsherr Bernd Pieper - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Carl-Eric Pudor - CDU
Ratsherr Karl-Heinz Schack - CDU
Ratsherr Dieter Schott - Grüne & Unabhängige

Ratsfrau Bärbel Schultz - SPD
Erster Stadtrat Klaus Seyfert - CDU
Ratsfrau Kai Sibbert - CDU
Ratsfrau Petra Springer - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsfrau Manfred Stache - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Peter Thomsen - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Gerhard Thomssen - SPD
Ratsfrau Dieter Tietz - SPD
Ratsfrau Angela Traboldt - SPD
Ratsfrau Kai Vogel - SPD
Ratsfrau Jan Weber - Grüne & Unabhängige
Ratsfrau Aylin van Dülmen - SPD

außer zu Pkt. 22)

Beiratsmitglieder

Herr Claus Dieter Westphal - Seniorenbeirat

Gäste

Frau Doris Ochterbeck - CDU
zu Pkt. 9)

Verwaltung

Frau Urte Steinberg - Bürgermeisterin
Herr Michael Artus - Leiter FB I
Herr Henning Fuchs - Stadtwerke
Herr Jan Gawryluk - Leiter KSP
Herr Michael Hauser - Justizariat
Herr Kai Perner - FDL Kultur, Sport, Jugend u. Senioren
Frau Silkata Sahin-Adu - KSP
Herr Klaus Stieghorst - Leiter FB III
Herr Klaus-Peter Günther - Protokollführung

Fehlende Mitglieder

Ratsfrau Babett Rohde - CDU

T a g e s o r d n u n g:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 19.09.2013

4. Bekanntgabe von in der Ratsversammlung am 19.09.2013 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen
5. Bericht der Verwaltung
6. Bericht des Kinder- und Jugendbeirates
7. Bericht des Seniorenbeirates
8. Privatisierung der Pinneberger Märkte
Drucksache: 13/021/1/1
Drucksache: 13/021/1
9. Mittagsverpflegung an der Theodor-Heuss-Schule;
Beschlussfassung über den Vertragsentwurf
Drucksache: 13/045/2/1
Drucksache: 13/045/2
10. - abgesetzt -
(Überprüfung der Anzahl der Spielplätze im Stadtgebiet Pinneberg)
Drucksache: 13/237
11. Modifizierung des Beschlusses zur Verlagerung des Gebäudemanagements zum KSP
Drucksache: 12/158/1
12. Feststellung des Jahresabschlusses des Abwasserbetriebes Pinneberg für das Wirtschaftsjahr 2012 und Verwendung des Ergebnisses
Drucksache: 13/256
13. - abgesetzt -
(Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss)
Drucksache: 13/273
14. - abgesetzt -
(Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012)
Drucksache: 13/274
15. - abgesetzt -
(Feststellung des Jahresabschlusses der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss)
Drucksache: 13/285
16. - abgesetzt -
(Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012)
Drucksache: 13/286

17. Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2013 für die Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH
Drucksache: 13/287
18. Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2013 für die Stadtwerke Pinneberg GmbH
Drucksache: 13/288
19. Feststellung des Jahresabschlusses der pinnau.com multimedialgesellschaft mbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss
Drucksache: 13/289
20. Feststellung des Jahresabschlusses der pinnau.com GmbH & Co.KG für das Wirtschaftsjahr 2012 und Ergebnisverwendungsbeschluss
Drucksache: 13/290
21. Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2013 für die pinnau.com GmbH & Co.KG
Drucksache: 13/291
22. Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der pinnau.com GmbH & Co.KG für das Geschäftsjahr 2012
Drucksache: 13/292
23. Bebauungsplan Nr. 44 / 1. Änderung "Gewerbegebiet Am Hafen" für das Gebiet zwischen der südwestlichen Grenze der Bahntrasse, der Pinnau, der westlichen Grenze des Flurstücks 378/6, der südlichen Grenze des Flurstücks 378/3 und der östlichen Grenze der geplanten Westumgehung.
hier: Satzungsbeschluss
Drucksache: 13/271
24. Bodenordnung im Bereich der Innenstadt: Anordnung der Umlegung und Umlegungsbeschluss für ein Gebiet im Bereich des Bebauungsplanes 136 "Neues Zentrum"
Drucksache: 13/313
25. Bestellung des Umlegungsausschusses für die Stadt Pinneberg
Drucksache: 13/315/1
Drucksache: 13/315
26. Bestellung einer stimmberechtigten Vertreterin bzw. eines stimmberechtigten Vertreters für den Vorstand sowie für die Mitgliederversammlung des Fünf-Städte-Vereins e.V.
Drucksache: 13/318
27. Wahl einer Stellvertretung für den Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Pinnau
Drucksache: 13/316

28. Mitteilungen
- 28.1. Besetzung der Schulleiterstelle an der Hans-Claussen-Schule
Drucksache: 13/261
- 28.2. Haushalt 2013; Erledigung der Hinweise aus dem Erlass zur Haushaltsgenehmigung
Drucksache: 13/213/1
Drucksache: 13/213
- 28.3. Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung; 3. Quartal 2013
Drucksache: 13/303

Nichtöffentliche Sitzung:

29. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 19.09.2013
30. Mitteilungen
- 30.1. Bericht zum Stand der Ausführung der in vertraulichen Angelegenheiten gefassten Beschlüsse der Ratsversammlung; 3. Quartal 2013
Drucksache: 13/302

Vor Eröffnung der Sitzung würdigt Bürgervorsteherin Boenigk zunächst die Verdienste des am 23.09.2013 im Alter von 63 Jahren verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Bernd Schröder für die Stadt Pinneberg. Die Ratsversammlung legt eine Gedenkminute ein.

Öffentliche Sitzung:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet sodann die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Gegen diese und ihre weitere Feststellung, dass die Einladung nebst Tagesordnung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist, werden keine Einwendungen erhoben.

Die Vorsitzende beantragt sodann, den Punkt

- 10) Überprüfung der Anzahl der Spielplätze im Stadtgebiet Pinneberg (DS-Nr. 13/237)

von der Tagesordnung abzusetzen, da die Angelegenheit in den Sitzungen des Ausschusses Kultur, Sport und Jugend am 22.10.2013 und des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 24.10.2013 vertagt worden sei.

Die Ratsversammlung beschließt daraufhin

einstimmig,

den Punkt 10) von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Vorsitzende trägt sodann vor, dass die Vorlage zu Punkt

- 13) Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss (DS-Nr. 13/273)

von der Verwaltung zurückgezogen worden sei, da darin sowohl öffentlich als auch nichtöffentlich zu behandelnde Inhalte enthalten seien. Es solle nun eine dies berücksichtigende zweigeteilte Vorlage erstellt werden.

Da die Punkte

- 14) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012 (DS-Nr. 13/274)
- 15) Feststellung des Jahresabschlusses der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss (DS-Nr. 13/285)
- 16) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012 (DS-Nr. 13/286)

im direkten Zusammenhang mit Punkt 13) stünden, sei deren Behandlung in der heutigen Sitzung obsolet.

Auf entsprechenden Antrag der Vorsitzenden besteht Einvernehmen, die Punkte 13) bis 16) von der Tagesordnung abzusetzen.

Sodann weist die Vorsitzende zu Punkt

- 26) Bestellung einer stimmberechtigten Vertreterin bzw. eines stimmberechtigten Vertreters für den Vorstand des Fünf-Städte-Vereins e.V.

darauf hin, dass aufgrund des zwischenzeitlich vorliegenden Vorschlages nicht wie ursprgl. vorgesehen nur ein Vertreter für den Vorstand, sondern auch ein Vertreter für die Mitgliederversammlung bestellt werden solle. Insofern sei sowohl der Betreff des Tagesordnungspunktes als auch der Beschlussvorschlag entsprechend anzupassen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Dr. Graefen führt Bürgermeisterin Steinberg aus, dass die Verzögerungen bei der Inbetriebnahme der Mensa an der Theodor-Heuss-Schule auf Krankheitsausfälle zurückzuführen seien. Sie werde an der Schulkonferenz teilnehmen und den Sachverhalt dort erläutern. Für die Zukunft werde sie Vorkehrungen treffen, dass dies nicht wieder passiere. In diesem Zusammenhang dankt Bürgermeisterin Steinberg allen Helferinnen und Helfern für ihre bisher in der Cafeteria geleistete Arbeit.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Graefen bezgl. einer Bezuschussung der Mittagsverpflegung an der Theodor-Heuss-Schule weist Bürgermeisterin Steinberg zunächst darauf hin, dass es sich beispielsweise bei der Johann-Comenius-Schule um eine gebundene Ganztagschule handele und bezgl. einer Bezuschussung daher mit der Theodor-Heuss-Schule nicht vergleichbar sei. Sodann teilt Fachdienstleiter Perner mit, dass ein entsprechender Antrag sei-

tens der Schule nicht vorliege und von daher umgehend gestellt werden sollte, damit dann darüber politisch entschieden werden könne.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Graefen bezgl. der an einem Teil des Gebäudes der Theodor-Heuss-Schule seit 2011 abgebauten und noch nicht wieder erneuerten Fassadenteile, weist Herr Gawryluk darauf hin, dass der KSP das Gebäudemanagement erst seit dem 01.01.2013 übernommen habe. Er könne daher nur mutmaßen, dass die für eine Fortführung der Sanierungsarbeiten benötigten Haushaltsmittel wohl nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestanden hätten.

Ratsfrau Traboldt moniert, dass die Antworten der beiden Vorredner ihres Erachtens nicht zufriedenstellend seien. Sie weist darauf hin, dass zwar auch ihres Wissens ein Antrag der Theodor-Heuss-Schule auf Bezuschussung der Mittagsverpflegung nicht gestellt worden sei. Sich aber auf diese Formalie zurückziehen zu wollen, sei der Sache nicht dienlich. Die Thematik hätte schon längst in einer der Schulausschusssitzungen behandelt werden können. Sie gehe nunmehr davon aus, dass die Verwaltung dieses Thema - auch ohne offiziellen Antrag - in die nächste Schulausschusssitzung einbringe.

Bezgl. der abgebauten Fassadenteile vermutet Ratsfrau Traboldt, dass die fehlenden Mittel für die weitere Bausanierung der Theodor-Heuss-Schule aufgrund eines Versehens der Verwaltung im Rahmen des Übergangs des Gebäudemanagements von der Kernverwaltung zum KSP nicht übertragen bzw. beantragt worden seien. Es sei nun wirklich höchste Zeit, dass sich an der baulichen Situation der Theodor-Heuss-Schule etwas ändere.

Ratsherr Dreher weist zunächst darauf hin, dass seine Fraktion bereits im Juni 2013 eine Anfrage an die Verwaltung bezgl. der Bezuschussung der Schulen gestellt habe. Diese sei jedoch aus Krankheitsgründen bzw. wegen Überlastung bisher noch nicht beantwortet worden.

Zum Thema Bausanierung weist Ratsherr Dreher darauf hin, dass bis 31.12.2012 der Fachbereich 3 für die Unterhaltung der Gebäude und das Einwerben erforderlicher Haushaltsmittel zuständig gewesen sei und bittet um entsprechende Stellungnahme durch Herrn Stieghorst.

Es wird überein gekommen, die Stellungnahme über das Protokoll nachzuliefern.

Anmerkung der Verwaltung:

In den vergangenen Jahren stand immer zu wenig Geld für eine angemessene Unterhaltung der städtischen Gebäude zur Verfügung. Darauf hat der Landesrechnungshof in seinen zwei letzten Berichten und die Verwaltung in den Haushaltsberatungen und den jährlichen Gebäudezustandsberichten hingewiesen.

Dementsprechend wurde die Sanierung der Fassaden und Dächer der Theodor-Heuss-Schule in kleine Bauabschnitte eingeteilt, da eine aus fachlicher und wirtschaftlicher Sicht sinnvolle Gesamtsanierung nicht finanzierbar war. Noch vor Abschluss der Sanierung des Bestandsgebäudes wurde die Schule erweitert.

Die Fassadenflächen des 5. Bauabschnittes innenhofseitig konnten 2011 nicht bearbeitet werden, weil nicht mit schweren Baufahrzeugen durch die Toröffnung des Innenhofes / Schulhofes gefahren werden konnte – dies liegt am Gewicht der Fahrzeuge (8-10t). Eine Abstützung im darunter liegenden Kriechkeller ist nicht möglich gewesen, da kein tragfähiger Boden vorhanden ist. Des Weiteren wünschte Herr Beimel, dass alle Fassadenflächen im Innenhof gleichzeitig saniert werden. Diese Sanierung wurde für 2012 geplant.

Die benachbarten Fassadenflächen (4. BA) bei der neuen Mensa wurden vom Architekten im Zuge der Bauarbeiten Mensa 2011 mit abbrechen lassen, weil nach der Fertigstellung des neuen Mensadaches keine schweren Abbrucharbeiten mehr durchgeführt werden konnten. Die Dachanschlüsse an die Fassadenflächen ließen sich so besser herstellen. Die Fassadenabbruchflächen wurden danach provisorisch mit Bauplanen geschützt.

Für den in 2011 zur Sanierung vorgesehenen Fassadenabschnitt standen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung. Im Haushalt 2012 wurden zunächst noch 430.000,- € bereitgestellt, die

dann aber im Rahmen der Kürzungsvorgabe des Landes bei der Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2012 gestrichen wurden. Im 2. Nachtragshaushalt 2012 wurde im Herbst ein Teilbetrag von 100.000,- € erneut bereit gestellt, damit die Fortsetzung der Fassadensanierung begonnen werden könne. Diese Summe war für die Sanierung der Fassaden des Innenhofes nicht ausreichend und wurde zu spät bereit gestellt.

Frau Neufang als Schülersprecherin der Theodor-Heuss-Schule lässt an die Mitglieder der Ratsversammlung eine von Schülern erarbeitete Fotocollage zur Verdeutlichung der Lernsituation insbesondere im Oberstufentrakt im Hinblick auf den baulichen Zustand der Schule bzw. auf den Baulärm verteilen und fragt, wie lange diese unhaltbare Situation noch anhalten werde.

Bürgermeisterin Steinberg verweist hierzu auf die zwischenzeitlich durchgeführten Schulbegehungen und den in Abstimmung mit den Schulleitungen aufzustellenden Schulsanierungsplan. Dieser fließe dann mit in die Haushaltsberatungen ein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne sie daher leider keine Aussage über ein Ende der Situation an der Theodor-Heuss-Schule treffen.

Der ebenfalls auf der Liste der Fragesteller eingetragene Herr Dobke zieht seine Frage zur Bausanierung der Theodor-Heuss-Schule zurück, weil diese bereits aufgrund der bisherigen Ausführungen beantwortet worden sei.

Die Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf die Sitzung des Schulausschusses am 26.11.2013, in der der Schulsanierungsplan erstmalig erörtert werde. Vor einer abschließenden Entscheidung in der Ratsversammlung werde dieser aber auch noch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen behandelt. Bei der Bewilligung der Mittel würden drei Kategorien gebildet. In Kategorie A kämen die sicherheitsrelevanten Maßnahmen, in Kategorie B die pädagogisch sinnvollen Maßnahmen und in Kategorie C die Schönheitsreparaturen. Dabei gehe es bereits in der Kategorie A um eine sehr große Summe.

**zu 3 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom
19.09.2013**

Gegen die Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 19.09.2013 werden keine Einwendungen erhoben.

**zu 4 Bekanntgabe von in der Ratsversammlung am 19.09.2013 in
nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen**

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Ratsversammlung am 19.09.2013 in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen habe,

- gegen einen erteilten Bauvorbescheid sowie gegen eine Baugenehmigung Klage zu erheben
- einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung einer Baugenehmigung zu stellen und
- ein noch anhängiges Normenkontrollverfahren gegen einen Bebauungsplan weiter zu führen.

a) Westumgehung

Bürgermeisterin Steinberg berichtet, dass die Ausschreibung in Arbeit sei, die noch erforderlichen Flächenankäufe seien im Werden und über die Freigabe der eingeplanten Haushaltsmittel werde im Zuge der Haushaltsberatungen entschieden.

b) Tierschutzverein

Bürgermeisterin Steinberg berichtet, dass der Tierschutzverein seinerzeit eine Fläche an der Müssetwiete mieten wollte. Dies sei aber nicht weiterverfolgt worden, weil sich ein lukrativer Kauf-Interessent für diese Fläche gemeldet hatte. Nunmehr ist dem Tierschutzverein eine andere Fläche im Bereich des B-Planes 44 zur Miete angeboten worden, über den unter TOP 23) in der heutigen Sitzung entschieden werde.

c) Wohnpark an der Pinnau

Bürgermeisterin Steinberg erläutert, dass das Oberverwaltungsgericht Schleswig die Klage gegen die Stadt Pinneberg am 17.10.2013 in zweiter Instanz abgewiesen habe.

d) Kreishausareal

Bürgermeisterin Steinberg berichtet, dass inzwischen die Baugenehmigungen für die Bauvorhaben sowohl der GeWoGe (Von-Ahlefeldt-Stieg/Moltkestraße) als auch von Herrn Demandt (eigentliches Kreishausareal) erteilt worden seien. Die GeWoGe habe mitgeteilt, dass mit den Tiefbauarbeiten im November begonnen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Baugenehmigung für Herrn Demandt konnte wg. fehlender Unterlagen doch noch nicht erteilt werden, dies soll aber in Kürze erfolgen.

e) Stand der Aufarbeitung der offenen Forderungen

Bürgermeisterin Steinberg teilt mit, dass die Verwaltung im Dezember 2013 dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einen entsprechenden Bericht vorlegen werde.

f) Bahnhalte

Bürgermeisterin Steinberg berichtet, dass der Regionalexpress entgegen der ursprünglichen Planung der Landesverkehrsgesellschaft auch nach dem Fahrplanwechsel im Dezember 2014 in Pinneberg halten werde. Der Regionalexpress nach Kiel werde morgens sieben Mal und abends neunmal in Pinneberg halten. Auch die Bahnverbindung nach Hamburg werde verbessert.

g) Rockville-Besuch

Bürgermeisterin Steinberg berichtet ausführlich über ihren - anlässlich einer dortigen Ausstellung des Fotokreises Pinneberg - vom 04. - 09.10.2013 durchgeführten Antrittsbesuch in der Stadt Rockville.

zu 6 Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Der Kinder- und Jugendbeirat ist in der Sitzung nicht vertreten.

zu 7 Bericht des Seniorenbeirates

Herr Westphal unterrichtet die Ratsversammlung, dass sich der Seniorenbeirat in seiner Sitzung am 16.10.2013 besonders mit dem Thema „Sucht im Alter“ beschäftigt habe. Die Suchtberatung Pinneberg habe hierzu einen eindrucksvollen Bericht gegeben, wobei einer der Hauptgründe für Sucht im Alter eine gewisse Vereinsamung zu sein scheint. Neben der Sucht nach Nikotin und Alkohol sei eine Zunahme von Tabletten- und Drogensucht, aber auch von Spielsucht festzustellen.

Sowohl für die direkt als auch für die indirekt Betroffenen wie z.B. die Angehörigen gebe es jedoch kompetente Hilfe bei den Suchtberatungsstellen. Dabei sei die Beratung kostenlos, vertraulich und auf Wunsch auch anonym.

Herr Westphal appelliert in diesem Zusammenhang, in solchen Fällen nicht wegzusehen, sondern zu versuchen, zu helfen.

Sodann berichtet Herr Westphal, dass der Seniorenbeirat in Abstimmung mit der Bürgermeisterin einen Brief an den Verkehrsminister geschrieben habe, in dem dieser eindringlich auf die Problematik der Verringerung der Bahnhalte besonders für ältere Menschen hingewiesen habe. Dies würde eine nicht hinnehmbare Einschränkung ihrer Mobilität im Alltag bedeuten. Ältere Menschen seien umso mehr auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, als sie häufig keinen Pkw mehr benutzen könnten.

Der Verkehrsminister habe ein zweiseitiges Antwortschreiben gesandt und darin auch signalisiert, dass besonders für die Bahnhalte in Pinneberg noch Diskussionsbedarf bestünde. Insofern habe der Seniorenbeirat mit seinem Schreiben vielleicht auch ein wenig dazu beigetragen, dass es nicht zu einer Reduzierung der Bahnhalte in Pinneberg kommen werde.

zu 8 Privatisierung der Pinneberger Märkte

**13/021/1/1
13/021/1**

Die Angelegenheit wird erörtert.

Ratsherr Stache bedauert namens der Fraktion der Grünen & Unabhängigen, dass es in diesem Falle angesichts des dürrtigen Ausschreibungsergebnisses nicht zu einer Privatisierung der Märkte kommen werde. Die Verwaltung habe in den vergangenen Jahren kaum etwas für den Sonnabendmarkt getan. Die Marktplatzfläche sei verwahrlost, die WC-Situation katastrophal und dies, obwohl die Marktbesucher Standgeld bezahlen. Die Fraktion der Grünen & Unabhängigen habe sich durch ein professionelles Marketing der Märkte eine Beseitigung dieser Missstände erhofft.

Ratsherr Pudor bedauert namens der CDU-Fraktion ebenfalls, dass es nicht zu einer Privatisierung der Märkte kommen werde. Umso mehr solle sich die Verwaltung nun verstärkt Gedanken über Einsatz und Aufgaben des Marktmeisters sowie über eine Attraktivitätssteigerung der Märkte machen.

Den Vorwurf von Ratsherrn Stache, es sei kaum etwas für den Sonnabendmarkt getan worden, könne die CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. Hierzu seien einige Planungen angestellt

worden. Diese seien naturgemäß zeitintensiv, insbesondere die Umgestaltung der Innenstadt. Die Standgelder kämen im Übrigen letztlich dem Gesamthaushalt der Stadt zugute und damit auch einer Umgestaltung der Innenstadt.

Ratsherr Thomssen bedauert namens der SPD-Fraktion zunächst ebenfalls, dass es nicht zu einer Privatisierung der Märkte kommen werde. Er weist in diesem Zusammenhang klarstellend darauf hin, dass der Umzug des Sonnabendmarktes in die Innenstadt bereits beschlossene Sache sei und völlig losgelöst von der Privatisierungsproblematik zu sehen sei. Dabei handele es sich um zwei voneinander völlig unabhängige Themen.

Wenn Herr Stache behaupte, der Marktplatz befinde sich in keinem guten Zustand, sei dies sicherlich richtig. Gerade deshalb werde aber schließlich seit geraumer Zeit daran gearbeitet, den Sonnabendmarkt in die Innenstadt zu verlegen. Die SPD-Fraktion sei überzeugt davon, dass der Markt dadurch eine deutliche Attraktivitätssteigerung erfahren werde.

Nachdem wegen der Privatisierungsproblematik die Verlegung des Sonnabendmarktes in die Innenstadt für längere Zeit brach gelegen habe, müsse dies nunmehr möglichst schnell umgesetzt werden. Ziel dieser Maßnahme sei schließlich auch gewesen, die Innenstadt weiter zu beleben. Die Voraussetzungen dafür sollten nunmehr umgehend geschaffen werden.

Im Anschluss fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 29.10.2011 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/021/1 und Ergänzungsvorlage DS-Nr. 13/021/1/1 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, die Ausschreibung zur Privatisierung der Märkte aufzuheben und die Wochen- und Jahrmärkte weiterhin selbst zu betreiben.“

Abstimmungsergebnis:

28 Ja- Stimmen
6 Enthaltungen

zu 9	Mittagsverpflegung an der Theodor-Heuss-Schule; Beschlussfassung über den Vertragsentwurf	13/045/2/1 13/045/2
-------------	--	--------------------------------

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass in § 4 Abs. 1 Zeile 3 des zugestellten Vertragsentwurfs der Klammertext (Gas, Wasser, Strom) um das Verbrauchsmittel „Spülmittel“ zu ergänzen sei.

Sodann dankt Frau Ochterbeck in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Schulausschusses den Eltern für ihre tatkräftige Hilfe im Zusammenhang mit der Schulverpflegung und verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit dem neuen Caterer nunmehr endlich Ruhe bezgl. der Mittagsverpflegung an der Theodor-Heuss-Schule einkehre.

In diesem Zusammenhang geht Frau Ochterbeck auf die Situation der Mittagsverpflegung an der Johannes-Brahms-Schule ein und hofft, dass diese Angelegenheit zum Sommer 2014 ebenfalls zufriedenstellend abgeschlossen sein werde.

Die Ratsversammlung fasst sodann folgenden Beschluss:

„Auf Empfehlung des Schulausschusses vom 26.09.2013 stimmt die Ratsversammlung in Weiterentwicklung ihres Beschlusses vom 13.06.2013 dem Vertragsentwurf gemäß Anlage zu DS-Nr. 13/045/2/1 - in der in § 4 Abs. 1 ergänzten Fassung - zu.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10	Überprüfung der Anzahl der Spielplätze im Stadtgebiet Pinneberg	13/237
--------------	--	---------------

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 11	Modifizierung des Beschlusses zur Verlagerung des Gebäudemanagements zum KSP	12/158/1
--------------	---	-----------------

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass in dieser Angelegenheit sowohl vom Hauptausschuss als auch vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen eine gleichlautende - vom Vorschlag der Vorlage DS-Nr. 12/158/1 abweichende - Beschlussempfehlung entsprechend eines gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion, der Fraktion der Grünen und Unabhängigen, der Fraktion der BÜRGERNAHEN und der FDP-Fraktion vorliege.

Ratsherr Hauwetter erläutert, dass die Ratsversammlung Ende letzten Jahres mit sehr großer Mehrheit beschlossen habe, das Gebäudemanagement dem KSP zu übertragen. Der Beschluss habe auch die Übertragung der Gebäude und Grundstücke beinhaltet. Seitens der Gebäudenutzer gebe es bisher nur positive Rückmeldungen.

Mit dem gemeinsamen Antrag werde sichergestellt, dass zum Einen die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung durch den KSP fortgeführt werden könne und zum Anderen, dass die Vermögens- und Schuldposten im Interesse der Genehmigung der Kreditaufnahmen künftiger Haushalte zunächst im Haushalt der Kernverwaltung verbleiben. Darüber hinaus solle die zu erarbeitende Leistungsvereinbarung zwischen Kernverwaltung und KSP die Leistungsbeziehungen exakt definieren und die Rechnungsstellungs- und Zahlungsmodalitäten exakt festlegen, so dass in der Sache dann erneut beraten und entschieden werden könne. Er bitte daher um Zustimmung zur abweichenden Beschlussempfehlung.

Ratsfrau Traboldt weist darauf hin, dass seinerzeit auch die SPD-Fraktion grundsätzlich für eine Verlagerung des Gebäudemanagements zum KSP gewesen sei. Bedenken habe es aber gegeben, eine solch weitreichende Entscheidung unter Zeitdruck und ohne eingehende Prüfung zu treffen. Wie heute festzustellen sei, hätten sich diese Bedenken nunmehr bewahrheitet und alle offenen Punkte, die die SPD-Fraktion seinerzeit geprüft haben wollte, sollen nun in einer Leistungsvereinbarung festgelegt werden. Wäre gleich von vorneherein eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt worden, müsse man heute nicht die Fehler ausbügeln.

Frau Traboldt erklärt sodann namens der SPD-Fraktion, dass diese der Verwaltungsvorlage DS-Nr. 12/158/1 hätte zustimmen können, der heute zur Entscheidung vorliegenden abweichenden Beschlussempfehlung jedoch nicht.

Ratsherr Meyer weist darauf hin, dass angesichts der anstehenden Gebäudesanierungsmaßnahmen Eile geboten und ein leistungsstarker KSP erforderlich sei.

Ratsherr Stache vertritt die Auffassung, dass die heutige Sanierungssituation auch so gewesen wäre, wenn - wie seinerzeit von der SPD-Fraktion vorgeschlagen - verfahren worden wäre. Nur hätte man dann nicht schon einige Ideen entwickelt, wie man diese Zustände beheben könne. Er fühle sich daher heute in seiner Auffassung bestätigt, dass die damalige zügige Verlagerung des Gebäudemanagements richtig gewesen sei; dies habe den städtischen Gebäuden sehr gut getan. Im Übrigen habe der der abweichenden Beschlussempfehlung zugrunde liegende Änderungsantrag keinerlei negative Auswirkungen für die Stadt.

Ratsherr Dreher unterstützt die Ausführungen der Ratsherren Hauwetter und Stache. Auch

er sei der Auffassung, dass die Verlagerung des Gebäudemanagements zum KSP die richtige Entscheidung gewesen sei. Insbesondere von den Schulen kämen die Rückmeldung, die Kommunikation und die Herangehensweise bezgl. baulicher Probleme habe sich erheblich verbessert. Dies sei ein großer Fortschritt.

Ratsherr Dreher bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Vorlage Neubau/Sanierung der GuGs, die hervorragendes Grundlagenmaterial für eine Entscheidungsfindung geliefert habe. Diese Art und Qualität der Arbeit wolle seine Fraktion positiv fortsetzen.

Ratsherr Matthies würdigt zunächst ebenfalls die Arbeit des KSP. Er bezieht sich sodann auf die in der Vorlage DS-Nr. 12/158/1 dargelegte Empfehlung, im Interesse der Genehmigung der Kreditaufnahmen zukünftiger Haushalte, die Vermögens- und Schuldposten in der Haushaltssphäre der Kernverwaltung zu belassen. An dieser Sachlage werde sich seines Erachtens auch in einem halben Jahr nichts ändern, so dass man irgendwann nicht umhin kommen werde, im Sinne der Vorlage der Verwaltung zu entscheiden.

Ratsherr Thomssen weist darauf hin, dass es doch gestattet sein müsse, darauf hinzuweisen, dass man erst dann Beschlüsse fassen sollte, wenn man wisse, worüber man Beschlüsse fasst. Nichts anders habe die SPD-Fraktion seinerzeit gefordert.

Im Übrigen werde von einer bestimmten Fraktion bei jeder Maßnahme, sei sie auch von noch so untergeordneter Bedeutung, eine Kosten-Nutzen-Analyse gefordert. Bei solch einer bedeutenden Maßnahme wie der Verlagerung des Gebäudemanagements aber sei einfach so ohne jegliche Prüfung entschieden worden.

Ratsherr Dreher erwidert, dass die Entwicklung des Kasernengeländes wohl keine Maßnahme von untergeordneter Bedeutung sei. Solch ein Millionenprojekt erfordere tatsächlich eine Gesamtbetrachtung bezgl. der Auswirkungen für den städtischen Haushalt.

In diesem Zusammenhang weist Ratsherr Dreher darauf hin, dass er erwarte, dass geplante Maßnahmen und Verpflichtungen, die die Stadt künftig eingehen werde, realistisch in der Bilanz bzw. im Haushaltsplan ausgewiesen werden. Dabei sei es beispielsweise durchaus auch von Bedeutung, ob ein Gebäude nach 40 oder erst nach 80 Jahren abzuschreiben sei.

Die Ratsversammlung fasst sodann folgenden, dem gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion der Grünen und Unabhängigen, der Fraktion der BÜRGERNAHEN und der FDP-Fraktion entsprechenden Beschluss:

- „ 1. **Die Vorlage wird vertagt.**
2. **Die Verwaltung erstellt in Abstimmung mit dem KSP eine Leistungsvereinbarung zwischen Kernhaushalt und KSP, die die Leistungsbeziehung definiert und die Rechnungsstellungs- und Zahlungsmodalitäten festlegt. Diese wird dann zusammen mit der Vorlage 12/158/1 den Gremien wieder zur Entscheidung vorgelegt. Das soll im ersten Halbjahr 2014 erfolgen. Bis dahin erfolgt die Aufgabenwahrnehmung des KSP im Gebäudemanagement wie bisher.**
3. **Die von der Ratsversammlung am 21.06.2012 beschlossene Übertragung der Gebäude und Grundstücke und entsprechenden Schuldenpositionen an den KSP wird bis zu einer endgültigen Entscheidung ausgesetzt.“**

Abstimmungsergebnis:

22 Ja- Stimmen
11 Nein- Stimmen
1 Enthaltung

zu 12	Feststellung des Jahresabschlusses des Abwasserbetriebes Pinneberg für das Wirtschaftsjahr 2012 und Verwendung des Ergebnisses	13/256
--------------	---	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 24.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/256 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

- „1. **Der Jahresabschluss samt Lagebericht des Abwasserbetriebs Pinneberg für das Wirtschaftsjahr 2012 wird, wie in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargelegt, festgestellt.**
2. **Das Jahresergebnis von 248.387,08 € wird an den Kernhaushalt abgeführt.“**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13	Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss	13/273
--------------	---	---------------

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 14	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Stadtwerke Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012	13/274
--------------	--	---------------

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 15	Feststellung des Jahresabschlusses der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gewinnverwendungsbeschluss	13/285
--------------	---	---------------

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 16	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH für das Geschäftsjahr 2012	13/286
--------------	--	---------------

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**zu 17 Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr
2013 für die Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH**

13/287

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/287 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Gesellschafterversammlung beschließt, Herrn Diplom-Betriebswirt Helmut Ermer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater (Partner bei in Ehler, Ermer & Partner, Rendsburg) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss des Jahres 2013 der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH zu bestellen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 18 Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr
2013 für die Stadtwerke Pinneberg GmbH**

13/288

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/288 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg wird angewiesen,

- 1) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH den folgenden Beschluss zu fassen:**

„Die Gesellschafterversammlung beschließt, Herrn Diplom-Betriebswirt Helmut Ermer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater (Partner bei in Ehler, Ermer & Partner, Rendsburg) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss des Jahres 2013 der Stadtwerke Pinneberg GmbH zu bestellen.“

und

- 2) in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH den Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH anzuweisen, denselben o.g. Beschluss zu fassen.“**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/289 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg wird angewiesen,

- 1) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH den folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH weist den Geschäftsführer der Geschäftsführer Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der pinnau.com multimediagesellschaft mbH an, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Gesellschafterversammlung beschließt, dass der Jahresabschluss der pinnau.com multimediagesellschaft mbH für das Wirtschaftsjahr 2012 in der vorliegenden Fassung festgestellt wird.

Der Jahresüberschuss von 97 € wird in den Gewinnvortrag eingestellt.“

und

- 2) in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH den Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH anzuweisen, denselben o.g. Beschluss zu fassen.“**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/290 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg wird angewiesen,

- 1) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH den folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH weist den Geschäftsführer der Geschäftsführer Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der pinnau.com GmbH & Co.KG an, den fol-

genden Beschluss zu fassen.

„Die Gesellschafterversammlung beschließt, dass der Jahresabschluss der pinnau.com GmbH & Co.KG für das Wirtschaftsjahr 2012 in der geprüften Fassung festgestellt wird.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 644.047,29 € wird auf neue Rechnung vorge-
tragen.“

und

- 2) in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH den Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH anzuweisen, denselben o.g. Beschluss zu fassen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 21	Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2013 für die pinnau.com GmbH & Co.KG	13/291
--------------	---	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/291 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg wird angewiesen,

- 3) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH weist den Geschäftsführer der Geschäftsführer Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der pinnau.com GmbH & Co.KG an, den folgenden Beschluss zu fassen.

„Die Gesellschafterversammlung beschließt, Herrn Diplom-Betriebswirt Helmut Ermer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater (Partner bei in Ehler, Ermer & Partner, Rendsburg) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss des Jahres 2013 der pinnau.com GmbH & Co.KG zu bestellen.“

und

- 4) in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH den Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH anzuweisen, denselben o.g. Beschluss zu fassen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/292 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt Pinneberg wird angewiesen,

- 5) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH weist den Geschäftsführer der Geschäftsführer Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der pinnau.com GmbH & Co.KG an, den folgenden Beschluss zu fassen.

„Die Gesellschafterversammlung entlastet den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der pinnau.com GmbH & Co.KG gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages für das Wirtschaftsjahr 2012.“

und

- 6) in der Gesellschafterversammlung der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH den Geschäftsführer der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH als deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pinneberg GmbH anzuweisen, denselben o.g. Beschluss zu fassen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 24.09.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/271 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

- „1. Die während der Träger-Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §. 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 44/1.Änderung hat die Ratsversammlung auf Empfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung geprüft und beschlossen. Das

Ergebnis der Abwägung ist in den Abwägungstabellen in der Anlage zu dieser Beschlussvorlage zu finden.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von dem Abwägungsergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund der Empfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung beschließt die Ratsversammlung den Bebauungsplan Nr. 44 / 1.Änderung „Gewerbegebiet Am Hafen“ für das Gebiet zwischen der südwestlichen Grenze der Bahntrasse, der Pinnau, der westlichen Grenze des Flurstücks 378/6, der südlichen Grenze des Flurstücks 378/3 und der östlichen Grenze der geplanten Westumgehung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung. Planungsziel ist die planungsrechtliche Steuerung von den im Gewerbegebiet ausnahmsweise zulässigen Anlagen für kirchliche, kulturelle und gesundheitliche Zwecke, um damit die Flächenausweisungen für die Ansiedlung von klassischem Gewerbe zu sichern. Darüber hinaus wird mit der Festsetzung eines bedingten Baurechts für das Flurstück 360/4 langfristig zusätzliche Gewerbefläche geschaffen.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Ratsversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 24	Bodenordnung im Bereich der Innenstadt: Anordnung der Umlegung und Umlegungsbeschluss für ein Gebiet im Bereich des Bebauungsplanes 136 "Neues Zentrum"	13/313
--------------	--	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 29.10.2013 zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/313 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

- „1. Für den Bebauungsplan 136 „Neues Zentrum“ der Stadt Pinneberg wird gemäß § 46 Abs. 1 BauGB in der derzeit gültigen Fassung die Umlegung angeordnet.
2. Die Ratsversammlung beschließt das Umlegungsverfahren gemäß § 47 BauGB für den in der Anlage zur Drucksache 13/313 bezeichneten Bereich innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 136 einzuleiten. Das Umlegungsverfahren wird nach Werten durchgeführt. Das Umlegungsgebiet und das Umlegungsverfahren erhalten den Namen „Neues Zentrum“. Das Umlegungsgebiet ergibt sich aus dem dieser Drucksache beigefügten Kartenauszug. Es umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Pinneberg, Flur 9:
Flurstücke: 1/3, 1/4, 1/5, 3/3, 3/5, 4/5, 5/3, 6/3, 8/18, 8/30, 8/31, 8/34, 8/35, 8/36, 8/37, 8/38, 8/99, 10/5, 10/6, 10/7, 11/1, 12/18, 12/19, 12/21, 12/22, 12/23, 12/24, 13/11, 14/17, 14/22, 18/76, 18/105, 18/117, 18/121, 18/122, 18/124, 18/125, 18/126, 24/7, 24/9, und 103/7 .

Dieser Umlegungsbeschluss ist gemäß § 50 Abs. 1 BauGB bekanntzumachen. Die Offenlegung der Bestandskarte und des Bestandsverzeichnisses wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.“

Abstimmungsergebnis:

33 Ja- Stimmen
1 Enthaltung

zu 25	Bestellung des Umlegungsausschusses für die Stadt Pinneberg	13/315/1 13/315
--------------	--	----------------------------

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss Stadtentwicklung die Gelegenheit in seiner Sitzung am 29.10.2013 direkt in die Ratsversammlung verwiesen habe, da noch nicht alle Vertreter des Umlegungsausschusses in der Sitzung benannt werden konnten. Die Verwaltung habe hierzu eine entsprechende Ergänzungsvorlage DS-Nr. 13/315/1 vorgelegt.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu dem mit Vorlage DS-Nr. 13/315/1 unterbreiteten Vorschlag folgenden Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, für die Durchführung von Umlegungsverfahren in der Stadt Pinneberg einen Umlegungsausschuss zu bilden.

Zu den Mitgliedern des Umlegungsausschusses werden bestellt:

**Vorsitzender: Rechtsanwalt Lehming (Kanzlei Poppe & Partner),
stellv. Vorsitzender, Dipl. Ing. Klaus Stieghorst (Verwaltung),
Angehöriger des höheren vermessungstechnischen Dienstes: Dipl.-Ing. Martin Felshardt (Vermessungsbüro Felshardt),
Vertreter: Dipl.-Ing. Kruse (Vermessungsbüro Kruse)
Sachverständiger für die Bewertung von Grundstücken: Herr G. Wamsat
Vertreter: Herr B.Prahl
Erster Vertreter der Stadt: Herr Pudor
Stellvertreter: Herr Stache
Zweiter Vertreter der Stadt: Herr Christian Koch
Stellvertreter: Frau Springer.**

Neben einer Umlegung gemäß den §§ 45 ff. BauGB kann der Umlegungsausschuss Umlegungen auch in Form einer vereinfachten Umlegung gemäß § 80 BauGB durchführen.

Die Bestellung des Umlegungsausschusses erfolgt auf der Grundlage des § 1 der Verordnung über die Bildung von Umlegungsausschüssen und das Vorverfahren in Umlegungs- und Grenzregelungsangelegenheiten vom 30.03.1961 (GVBl. S. 45) zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.10.1980 (GVBl. S. 315) des Landes Schleswig-Holstein.

Die Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses der Stadt Pinneberg soll für das Umlegungsverfahren „Neues Zentrum“ wie folgt besetzt werden:

1. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Frank Diefenbach,
2. stellv. Geschäftsführer: Dr. Ing. Heinz Rütz und Dipl.-Ing. Manfred Söns.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 26	Bestellung einer stimmberechtigten Vertreterin bzw. eines stimmberechtigten Vertreters für den Vorstand sowie für die Mitgliederversammlung des Fünf-Städte-Vereins e.V.	13/318
-------	---	---------------

Die Ratsversammlung bestellt auf Vorschlag der CDU-Fraktion als Nachfolgerin bzw. Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Bernd Schröder

Vertreter Vorstand	Vertreter Mitgliederversammlung	Ersatzvertreter Mitgliederversammlung
Ratsherr Florian Kirsch	Herr Baris Karabacak	Ratsherr Karl-Heinz Schack

als stimmberechtigte Vertreter für den Vorstand sowie für die Mitgliederversammlung des Fünf-Städte-Vereins e.V..

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 27	Wahl einer Stellvertretung für den Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Pinnau	13/316
-------	---	---------------

Die Ratsversammlung wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Herrn Rüdiger Foßeck

als Stellvertreter für den Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Gewässerverbandes Pinnau.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 28 Mitteilungen

zu 28.1 Besetzung der Schulleiterstelle an der Hans-Claussen- 13/261
Schule

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Schulleiterwahlausschuss in seiner Sitzung am 29. August 2013 die bisherige kommissarische Leiterin,

Frau Birgit Wiech,

zur Schulleiterin der Hans-Claussen-Schule in Pinneberg gewählt hat. Frau Wiech werden die Glückwünsche des Gremiums ausgesprochen und weiterhin viel Erfolg bei der Ausübung dieser verantwortlichen Tätigkeit gewünscht.

zu 28.2 Haushalt 2013; Erledigung der Hinweise aus dem Erlass zur 13/213/1
Haushaltsgenehmigung 13/213

Die Ratsversammlung nimmt den der Vorlage DS-Nr. 13/213 anliegenden Bericht sowie die gegenüber der Bezugsvorlage mit Vorlage DS-Nr. 13/213/1 geänderte Übersicht über die wesentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Haushaltes 2013 zur Kenntnis.

Ratsherr Dreher bezieht sich auf die Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 13/213/1 und weist darauf hin, dass danach jährlich 192.200 € aufgrund der Abschreibungen (Nettobelastung) für die Westumgehung erwirtschaftet werden müssen, um die Westumgehung bezahlen zu können. In diesem Zusammenhang weist er zudem darauf hin, dass von dem Gesamtinvestitionsvolumen für die Westumgehung in Höhe von rd. 29 Mio. € die Stadt immerhin rd. 9,5 Mio. € selbst tragen müsse.

Ratsherr Thomssen regt an, die Fraktion der Grünen & Unabhängigen möge bei den sich ständig wiederholenden Hinweisen auf die durch den Bau der Westumgehung entstehenden Kosten künftig auch die Gewerbesteuererinnahmen gegenrechnen, die der Stadt regelmäßig entgingen, weil die Westumgehung noch nicht vorhanden sei.

zu 28.3 Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Rats- 13/303
versammlung; 3. Quartal 2013

Die Ratsversammlung nimmt den Stand der Ausführung der im Berichtszeitraum 02.02.2006 bis 30.09.2013 von ihr gefassten Beschlüsse gem. der Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 13/303 (Stand: 25.09.2013) zur Kenntnis.

Die Vorsitzende schließt darauf den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Protokollführung über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ergibt sich aus dem Abschnitt 09/2013/N dieser Niederschrift.

gez. Boenigk
Vorsitzende

gez. Günther
Protokollführer